

1. Die Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen benötigen Strategien für die digitale Transformation. Die Digitale Agenda und der nationale Digital-Gipfel der Bundesregierung sehen den Fortgang bei der Digitalisierung von Forschung, Lehre und Studium in Deutschland nach wie vor kritisch. Welche konkreten Maßnahmen haben Sie geplant, um Entwicklung von Strategien für digitale Transformation im Wissenschaftsbereich zu unterstützen, die Digitalisierung zu beschleunigen und die nachhaltige Nutzung neuester Technologien und der darauf basierenden Szenarien im Informations-, Wissens- und Learning-Management flächendeckend zu fördern?

Wir Freie Demokraten wollen die Digitalisierung der Wissenschaftsbetriebe deutlich voranbringen. Die digitale Revolution ermöglicht eine zukunftsweisende Revolution in der Lehre und Forschung. Zum Beispiel erlauben Vorlesungsaufzeichnungen, Livestreams oder Online-Zugänge zu Forschung es Lehrenden und Studierenden, flexibel und selbstbestimmt Inhalte zu erarbeiten. Wir unterstützen auch innovative Bildungsplattformen nach dem Vorbild der „Open University“, zu der jeder Bürger, unabhängig seines formellen Bildungsgrades, Zugang bekommen soll. Deren Bildungsinhalte sollen in Form von „Massive Open Online Courses“ (MOOCs) online zur Verfügung gestellt werden. Ein standardisiertes Bewertungs- und Zertifizierungssystem soll die Anerkennung dieser Kurse durch Arbeitgeber ermöglichen. Wir wollen außerdem prüfen, inwiefern im Rahmen eines MOOCs erworbene Online-Zertifikate als Studienleistung anerkannt werden können. Um die Chancen der Digitalisierung im Wissenschaftsbereich bestmöglich nutzen zu können, ist die Vernetzung und der Erfahrungsaustausch zwischen den Hochschulen bezüglich geeigneter Strategien sehr wichtig. Wir begrüßen daher entsprechende Initiativen, wie beispielsweise die Peer-to-Peer-Beratung des Hochschulforums Digitalisierung (HFD).

Wir fordern zudem, dass Bund und Länder gemeinsam die deutsche Hochschullandschaft modernisieren und deren Potentiale freisetzen. Dafür braucht es eine weit bessere Finanzierung unserer Hochschulen in der Forschung und in der Lehre. Der Bund soll die Hochschulen bei der Sanierung der Gebäude, bei der Digitalisierung und bei der Bewältigung steigender Studierendenzahlen unterstützen.

2. Der Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen und Daten ist notwendige Voraussetzung für Open Science. Welche konkreten Maßnahmen haben Sie vorgesehen, um die Erstellung und Nutzung von wissenschaftlichen Publikationen (Open Access), freien Bildungsmaterialien und Lehrbüchern (Open Educational Resources) sowie den offenen Zugang zu Forschungsdaten (Open Research Data) an Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen zu unterstützen?

Wir Freie Demokraten fordern den öffentlichen Zugang zu Forschungsergebnissen, die wesentlich aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Deutschland hat starke Köpfe in der Forschung. Damit auch die Allgemeinheit von den Ergebnissen profitieren kann, setzen wir uns für eine Open-Access-Politik ein: Ergebnisse und Publikationen, die wesentlich mit öffentlichen Geldern finanziert wurden, sollen unter Berücksichtigung eines Erstverwertungsrechts auch für die Öffentlichkeit zugänglich sein. Wir fordern darüber hinaus die Online-Bereitstellung von Unterrichts- und Lehrmaterialien im Zusammenhang mit der universitären Lehre, sofern keine Rechte Dritter verletzt werden.

3. Das Forschungsdatenmanagement muss sich arbeitsteilig über alle Ebenen des Wissenschaftsbetriebes erstrecken. Der von der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) eingesetzte Rat für Informationsinfrastruktur (RfII) empfiehlt den Aufbau einer Nationalen Forschungsdateninfrastruktur (NFDI) für den verbesserten Zugang und die Erhaltung von digitalen Forschungsdaten. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie um dieses Vorhaben zu unterstützen?

Wir Freie Demokraten unterstützen voll und ganz die Empfehlung zum Aufbau einer Nationalen Forschungsdateninfrastruktur, um einen möglichst breiten Zugang zu Forschungsdaten zu ermöglichen. Eine solche Infrastruktur sollte auf der Grundlage gemeinsamer technischer Standards (Softwareprotokolle, Metadaten etc.) weitestgehend dezentral und partizipativ aufgebaut sein. Wir können uns vorstellen, dass der Bund oder eine von ihm beauftragte Forschungsorganisation ein Webportal als zentralem Zugang betreibt, an dem sich auf freiwilliger Basis Hochschulen und Forschungsinstitute beteiligen können. Darüber hinaus sollte der Bund Förderprogramme auflegen, die es wissenschaftlichen Akteuren ermöglichen, bisher nicht digital vorliegende Forschungsdaten zu digitalisieren und somit einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.